





Wen wie vom englischen Kapital umworben werde, und das sich hieraus die günstigere Bewertung der deutschen Geldzeichen ergebe. In einigen Widerprüchen hierzu steht eine andre Behauptung aus denselben Kreisen, wonach die Baluta in den letzten Wochen nur deshalb gestiegen sei, weil, wie ein Parteiblatt sich ausdrückte, 'Proletarier fallen'. Die Regierung sei 'nur das Feigenblatt des Kapitalismus und schlingt in seinem Dienste Proletarier tot, damit einmal für ein paar Tage die Baluta steigt. Der Kapitalismus ist nicht mehr zu retten'.

Mit Aphorismen von dieser Art sollten die Veränderungen im Wirtschaftsleben doch nicht abgetan werden. Wer den Kapitalismus jetzt schon als tot bezeichnet, der weicht in manchen Kreisen der Arbeiterschaft die gefährliche Illusion, als ob es keiner Anstrengung mehr bedarf, um an seine Stelle den Sozialismus zu setzen. In Wirklichkeit ist der Kapitalismus noch außerordentlich lebendig, und selbst wenn der deutsche Kapitalismus sich bereits völlig abgewirtschaftet hätte, was durchaus nicht zutrifft, so ist Deutschland nicht die Welt und der deutsche Kapitalismus nicht der Kapitalismus. Gegenwärtigen wir uns die durch den Weltkrieg geschaffene weltwirtschaftliche und weltpolitische Situation. Bis zum Kriegsausbruch war London der Mittelpunkt der Weltwirtschaft, die Londoner Börse der Regulierungsplatz für die Verpflichtungen des Welt Handels. Diese Vorherrschaft hat England porläufig in Amerika abtreten müssen. Auch das englische Pfund Sterling hat einen erheblichen Kursverlust erlitten, der fast den fünften Teil seines Nennwertes ausmacht. Dagegen konnte der amerikanische Dollar den Paritätsstand behaupten. Die Ursachen sind bekannt genug. Die Vereinigten Staaten haben während des Krieges ihre Produktion ungeheuer steigern und veredeln können. Während die kapitalistischen Staaten Europas ihre Sachgüter verschleuderten, wurden die Vereinigten Staaten zum Warenlieferanten und zum Geldverleiher für die gesamte Entente. Die Erzeugnisse der amerikanischen Industrie verwandelten sich nicht wie in den andern kriegsführenden Ländern in fiktives Kapital, dessen Wert mit der Abnahme der Warenmengen sinken mußte, sondern sie wurden mit festeren kapitalistischen Werten bezahlt, aber der Gegenbetrag wurde durch Veräußerung wertvoller Objekte garantiert. Der Kapitalismus der Vereinigten Staaten wuchs, der der andern Länder, aus England, nahm ab.

Nun beachte man die folgenden Tatsachen: Die Vereinigten Staaten sind geographisch am Rande der kapitalistischen Ausbeutungsmöglichkeiten angekommen. Daher der Drang des amerikanischen Kapitalismus zum Imperialismus, zur wirtschaftlichen und politischen Beherrschung nicht nur der beiden Teile des amerikanischen Kontinents, sondern auch zur Expansion nach der andern Seite des Stillen Ozeans. Die landwirtschaftliche Produktion in den Vereinigten Staaten muß immer mehr von der erstens zur intensiven Wirtschaft übergehen. Wichtige Rohstoffgebiete werden den Export einschränken und für den inländischen Bedarf sorgen müssen. Großbritannien dagegen hat durch den Weltkrieg sein kapitalistisches Interessengebiet noch weiter ausgedehnt, das Gesamtreich innerlich gefestigt, große Rohstoffgebiete des eigenen Machtbereichs der Ausbeutung neu erschlossen, seinen Kolonialbesitz in Afrika und Asien in organisches Zusammenhäng gebracht. Das britische Kapital hat also die günstigsten Aussichten für eine ungeheure Ausdehnung seines Wirkungsbereichs vor sich. Es ist der englischen Finanzpolitik jetzt schon gelungen, nicht nur den Rückgang der englischen Baluta zu hemmen, sondern den Stand seiner Geldzeichen wieder zu bessern. Das englische Kapital hat die günstigste Aussicht, in absehbarer Zeit seine beherrschende Stellung auf dem Weltmarkt zurückzuerobern.

Unter diesen Umständen ist viel eher damit zu rechnen, daß es zu einer friedlichen Auseinandersetzung zwischen dem englischen und dem amerikanischen Kapital kommen wird, als zu einem Wettkampf auf Leben und Tod um das Objekt Deutschland. Schon jetzt bestehen die innigsten Verbindungen zwischen der Reuepforte und der Londoner Bankokratie, und alle Zeichen deuten darauf hin, daß wir bald nicht mehr von einem englischen und einem amerikanischen Kapitalismus werden sprechen können, sondern daß wir ein anglo-amerikanisches Kapital vor uns haben werden, das in Wirklichkeit das Weltkapital vorstellen wird.

Demgegenüber wird der Kapitalismus der andern Länder nur noch eine untergeordnete Rolle spielen können. Besonders Deutschland, wenn es seine kapitalistische Wirtschaftsverfassung noch länger beibehalten sollte, muß in die vollkommene Abhängigkeit des anglo-amerikanischen Kapitals geraten. Nur wenn es der arbeitenden Bevölkerung Deutschlands gelingt, die Naturschätze unseres Landes und die Produktionsmittel in Industrie und Landwirtschaft in die Nutzung des ganzen Volkes zu überführen, wenn aus einer Produktion für den kapitalistischen Profit eine Wirtschaft für den Bedarf wird, kann das deutsche Volk hoffen, sich der Umklammerung durch das anglo-amerikanische Kapital zu entziehen und sich wieder eine höhere Lebensgestaltung zu erobern.

Als dahin aber ist jedes Auf und Ab in der Kapitalwirtschaft Deutschlands von außerordentlicher Bedeutung für die gesamte Bevölkerung. Insbesondere die Baluta-Schwankungen sollten nicht mit Verzögerungen auf eine bessere Zukunft abgetan, sondern in ihren Wirkungen auf die Gegenwart beachtet werden. Und diese können für das gesamte Wirtschaftsleben von den weitesttragenden Folgen sein.

## Mord und Justizmord auf Befehl.

Wien, am 28. April 1920.  
(b.) Ein unter Wind hat den ungarischen sozialistischen Emigranten zwei Originaldokumente zukommen lassen, welche die Budapestische Gerichtspräsidenten in ihr wahres Licht stellt. Mord und Justizmord wird von den obersten Behörden, vom Armeekommando und Justizministerium angeordnet und mit hohen Beträgen finanziert.

Der ungarische Oberstaatsanwalt hat am 8. Februar folgende Verordnung erlassen:

Streng vertraulich. Oberstaatsanwalt Nr. 247/1920.

An die Staatsanwälte der Strafgerichtshöfe.

Dem Oberstaatsanwalt gelangte zur Kenntnis, daß die Vertreter der Anklage bei Beurteilung der Strafsachen, die unter das beschleunigte Verfahren fallen, der Verordnung 1010/1012/Ps. II. des ungarischen Justizministers — laut welcher auch in Fällen ungenügender Anklage womöglich Beurteilung zu erfolgen hat — nicht genügend Aufmerksamkeit schenken. Die Staatsanwälte werden aufgefordert, sämtliche Verordnung strengstens anzuwenden.

Budapest, am 8. Februar. **Justizminister.**

„Beschleunigte Verfahren“ bedeutet in Bestimmungen, Stand 5. 1. 1919. Die für politische, sozialistische Prozesse — ohne Rekursverfahren. Jeder Sozialist, der je eine politische Rede gehalten hat, einen noch so harmlosen Zeitungsartikel schrieb, jeder Vertrauensmann der Arbeiterschaft wird vor Gericht gestellt. Bis zum 1. April wurden gegen rund 10 000 Personen über 2500 Anklagen vor diesen Nordgerichten angelegt. Und es wird dabei jeder man bestraft — ob schuldig oder unschuldig.

Die Verordnung des Justizministers Nr. 1012/Ps. II. 1919 sollen auch in Fällen ungenügender Anklage womöglich Beurteilung stattfinden. Und der Oberstaatsanwalt ordnet an, daß diese Verordnung strengstens anzuwenden ist. Also nicht die Schuld oder Unschuld, nicht Verjährbarkeit hat zu entscheiden, — sondern die Richter und Richter des „christlichen“ Justizministers.

In Kenntnis dieser Verordnung wird man es verstehen, daß täglich Tausende über 40—50 Jahre Kerkerstrafe, wöchentlich Tausende über brave Arbeiter gefesselt werden. Bisher haben die ungarischen Justizbeamten über 2000 Jahre Kerkerstrafe und 50 Todesurteile (ohne die gewalttätigen Ermordungen) über Revolutionäre verhängt.

Der englische Premierminister, Herr Lloyd George, hat im Parlament auf eine Anfrage des Col. Woodwood erklärt, „in Ungarn wird nur auf Grund ordentlicher Gerichtsverfahren gegen die Funktionäre der Regierung vorgegangen, nur „gemeinsame Verbrecher“ werden verurteilt“ und „die ungarische Regierung kann konstitutionell das Gerichtsverfahren nicht beeinflussen“.

Der ungarische Justizminister hat Herr Lloyd George schon klammert. Er produziert eine Verordnung, mit welcher die Realisierung „konstitutionell“ die Gerichte „beeinflusst“, und ordnet an, daß jeder Mann, ob „gemeiner Verbrecher“ oder „ungünstig angeklagt“ verurteilt wird.

Oder ist die Erklärung der englischen Staatsdame nur Heuchelei und dient dazu die konterrevolutionären Tendenzen der britischen Imperialisten und die Unterjochung der Vorkriegsstände durch die Engländer zu verhüllen?

Da sollte die Labour Party doch Klarheit schaffen! Noch interessanter und empfindlicher wirkt folgende Verordnung des ungarischen Armeekommandos:

Streng vertraulich. 476/VI. b. Pp. (Oberkommando). Zirkularverordnung. Budapest, am 20. März 1920.

An das Kommando der Auslandsgruppen!

Punkt 3 der Verordnung bezüglich der Vernehmung für die Erfassung resp. Unschädlichmachung der infolge ihrer kommunistischen Tätigkeit im Auslande sich befindlichen Personen wird wie folgt abgeändert:

ad P. a) Bela Kun, Josef Pogany, Franz Gombos 250 000 Kr.; ad P. b) sämtliche 100 000 Kr. Außerdem: Enkal (Holländer), Volkskommissarstellvertreter im Volkst. des Anners ad P. c) 20 000 Kr.

Diese Beträge sind nach Bestätigung dessen, daß die Bedingungen der Vernehmung erfüllt wurden, sofort auszubehalten.

Janly m. p., Stellvertreter des Generalstabschef, Hartmann m. p.

In erster Linie soll festgestellt werden, daß die Verordnung durch den Obersten Rantz, den Schwager des Gouverneurs Horvath, unterzeichnet ist. Die Verordnung der Firma Horvath-Janly besteht:

1. Die ungarische Regierung verleiht die Souveränität fremder Staaten, da es militärische Auslandsgruppen in Österreich, Tschechoslowakei und Rußland unterhält.
2. Das Armeekommando belohnt die „Unschädlichmachung“ bzw. den Mord von Personen mit Beträgen von 250 000 und 100 000 Kronen.

Diese Verordnung läßt sich nicht auf die „Reuegründe“ der Morbanfälle auf die vormaligen Volkskommissare Bela Kun und Pogany beziehen. In Budapest wurden an Kun, Gombos und Pogany verhaftete Lebensmittel übergeben. Den vormaligen Armeekommandanten Wilhelm Kuhn wollte der Oberkommandant Franz ermorden. Gegen Kuhn, Lukács, Hamburger, Schwarz und andre Militärfunktionäre wurden diese Morbanfälle vorbereitet. Die Genossen Karbacs, Strenger, Szabolcsy, Schön wurden durch Offiziere aus Wien gefesselt und verschleppt und in Gung erschossen. Verhaftung der Lebensmittel, Erschießen wird in Ungarn geistlich einfach „Unschädlichmachung“ genannt.

Dies alles auf Befehl der Vorkriegsstände, da doch 250 000 Kronen Vernehmung für Kun, Pogany und Gombos, 100 000 Kronen pro Kopf für „sämliche“ Volkskommissare und 20 000 Kronen für andre Militärfunktionäre gezahlt werden.

Daß die ungarisch-behörige Gitten Mord als politische Waffe für zulässig halten, wird keinen vernünftigen Menschen überfallen. Aber man muß offen fragen, ob die internationalen Staaten, in erster Linie die Arbeiterschaft der Ententeländer, nach Kenntnisnahme dieser offenkundigen Mordbestände noch weitere Beziehungen mit der Mordbande Horvath und Konsorten zulassen werden.

Wenn eine internationale Solidarität noch existiert, so müßten die Arbeiterschaften der Kulturländer jetzt eine mächtige Aktion gegen dieses — gegen alles, was stillos und moralisch ist verstoßende — Regiment einleiten.

Wenn die Reuegründe der Ententeländer zu schwach sind — so komme der durch den Internationalen Gewerkschaftsbund angelegte Boykott!

Diese Waffe wird schon das Mordregiment zu Fall bringen und die gequälte ungarische Arbeiterschaft von der Mordbande befreien.

## Die Lage im Ruhrgebiet.

Die militärische „Vollaktion“ gegen die Arbeiterschaft des Ruhrgebietes wird fortgesetzt. Man will offenbar diesmal „ganze Arbeit“ leisten und die Arbeiterschaft im rheinisch-westfälischen Industriegebiet gründlich niederschlagen. Um die Notwendigkeit der Fortsetzung des militärischen Feldzuges zu „beweisen“, werden fortwährend allerhand Drohreden über die „Schwedenherrschaft der Kommunisten“ in den noch unbefestigten Orten und über geplante neue „parteiliche Putsch“ in die Welt gelegt und von der reaktionären Presse in ganz Deutschland verbreitet. So heißt es in einer Meldung aus Dortmund, die die Leipziger Neuesten Nachrichten bringen:

„Der Bürgerrat der Stadt Dortmund hat die Regierung benachrichtigt, daß er von großer Besorgnis um den Schutz der Ordnung und die Sicherheit von Leben und Eigentum der Bevölkerung erfüllt ist. Kommunistische Elemente seien am Werk, die Bürgererschaft auf neue mit Putsch zu überfallen. In der Stadt herrschen schwere epidemische Krankheiten als Folgeerscheinung der terroristischen Gewalttätigkeiten.“ (1?)

Aus Essen wird folgender „Notruf“ verbreitet:

„In dem Notruf (1) der wirtschaftlichen Berufsvereinigungen des Industriebezirks, die in Dortmund zu einer Besprechung versammelt waren, an die Reichsregierung, den Reichswirtschaftsminister und den Reichsstaatsminister in Münster wird auf die völlig ungenügende Waffenabgabe erneut hingewiesen und der Schutz der Reichsregierung für den wieder drohenden Volksaufstand gefordert. Wenn der Industriebezirk von Reichswehrtruppen entblößt werde, ob diese ihre Aufgabe zu Ende geführt haben, so länden neue schwere Kämpfe und Unfälle bevor. Die Reichswehr oder andre zuverlässige Sicherheitstruppen müssen solange im Industriebezirk bleiben, bis die Waffenabgabe vollendet und vor allem Mäßig der Ruhr die Sicherung vollendet und verfassungsmäßige Zustände wieder hergestellt sind.“

Aus dieser Schwärzmeldung geht deutlich hervor, daß die militärischen und reaktionären Kreise dahinter stehen, die darauf drängen, den Ruhrgebiet gegen die Arbeiterschaft auch auf die

Wahl der Ruhr gelegene Gebiet auszuweiten. Wie verlogen Sie zu diesem Zwecke verbreiteten Maximalforderungen sind, geht aus einer Erklärung der Bezirksleitungen unserer Partei und der Reichssozialisten des Ruhrbezirks hervor, in der nochmals ausdrücklich festgestellt wird, daß in dem Gebiet südlich der Ruhr völlige Ruhe und Ordnung herrschen und für den Einmarsch der Reichswehr kein Grund besteht. Als Gegner aller polizeilichen Bestrebungen würden die Arbeiter der Reaktion den Befehlen nicht tun, sie setzten in einen Kampf mit ihnen einzufließen. Trotzdem setzen die gemissenen Geyer aus dem Kreise der Militärs und des neuerevolutionären Bürgerrechts ihr gefährliches Treiben fort. Welche Erfolge sie damit haben, geht aus dem folgenden Telegramm hervor: Erfolg sie damit haben, geht aus dem Telegramm über die angekündigte Note der Entente hervor, die wie auf der ersten Seite wiedergegeben.

Diese Nachricht bestätigt die alte Erfahrung, daß die militärischen Operationen gegen den „innerten Feind“ in dem Industriegebiet des Westens dauernd das Mißtrauen der Arbeiter Deutschlands stützt und immer neue Gegenmaßnahmen herausfordert, für die das deutsche Volk die Kosten zu tragen hat. Wahrscheinlich hat die neue Drohung aus Paris die Reichsregierung veranlaßt, durch das Reichswehrministerium den nachstehenden Befehl an die zuständigen Wehrkreisverwaltungen zu geben:

1. Die Reichsregierung hat bestimmt, daß Verhältnisse verfassungsmäßiger Zustände im Gebiet südlich der Ruhr und südlich des Ruhrgebietes unter Leitung und Verantwortung ziviler Stellen zu erfolgen hat. 2. Die Herabsetzung der in der 20-Kilometerzone stehenden Reichswehrtruppen auf 20 Bataillone, 10 Eskadrons, 2 Bataillone ist beschleunigt weiter durchzuführen.

Für die Arbeiterschaft bedeutet der Einmarsch der militärischen Sicherheitspolizei, die sich als ebenso reaktionär wie die Reichswehr erwiesen hat, eine ebenso große Gefahr. Es muß deshalb auch gegen die Entsendung dieser Truppen in das noch unbefestigte Gebiet der Ruhr Protest erhoben werden, zumal — wie aus der oben zitierten Erklärung der sozialistischen Bezirksleitungen hervorgeht — dort völlige Ruhe herrscht und keinerlei Anlaß zum Einmarsch vorhanden ist.

## Der Riß im Zentrumsumsturz.

Zum ersten Male wird im geintem Deutschland die katholische Klerikale ihre Schäfte nicht als eine einzige geschlossene Herde in den Wahlkampf führen. Das Zentrum hat sich in zwei einander feindselige Heerlager geteilt. Neben der alten Partei, die von dem Kölner Bischof Kardinal Reinkens geleitet wird und die nur das Kognomen christliche Volkspartei trägt, hat sich nunmehr eine eigentliche „Christliche Volkspartei“ gebildet, die am letzten Freitag in Köln sich konstituierte. Ihr Führer ist der Kölner geistliche Rektor Kaster, ein aus der rheinischen separatistischen Bewegung bekannter klerikaler Demagog.

Man darf nicht glauben, daß es sich hier um einen jener normalen Abspaltungsvorgänge und um parteipolitische Eigenbräutereien handelt, die sich einmal vor Wahlgängen als Parteien mehr oder weniger stark zu bestehen haben. Die neue „christliche Volkspartei“ wird große Massen — man spricht sogar in der antiklerikalen bürgerlichen Presse von ungefahr der Hälfte — der bisherigen Zentrumsgesellschaft in Rheinland-Westfalen, ebenso wie in Schlesien auf ihre Seite ziehen können, wenn sie nur den Boden beackert, der längst vorbereitet ist. Mit den Mannen des Tugendsozialismus heim in Bayern assoziiert, mit dem Herr Kaster als Separatist und Preußenhasser lebendig, vermag die neue Partei wohl leicht als die stärkere Partei, sicherlich aber als eine numerisch gleichwertige Partei wie das alte Zentrum selbst in das Parlament einzuziehen. Der große Erfolg der Verflechtung der bürgerlichen Wählermasse nach rechts äußert sich auch in diesem parteipolitischen Geburtsprozeß am Rhein, wie er sich in der demokratischen Session genau so ausdrückt.

Worin besteht der treibende Faktor des geschilderten Vorganges? Das deutsche Bürgertum, sei es nun in den päpstlichen Dependenzien, sei es außerhalb dieser stehend, bekennt sich auf sein einziges wirkliches Interesse an, die ihm gekehrt und nach seiner Körperform zugeschnittene kapitalistische Gesellschaftsordnung gegen den Ansturm der Arbeiterschaft zu verteidigen. Argwohnwache andere Ideen kommen gegen diese ökonomische Zwangsläufigkeit gar nicht auf, werden gar nicht mehr debattiert. Der katholischen Bourgeoisie erscheint das Zentrum des Zentrums mit der Arbeiterschaft, das Kompromiß der Führer des linken Zentrumslagers, wie Erzbischof und Oberbischof mit den Reichssozialisten, als immer gefährlicher für ihr ökonomisches Interesse. Schluß mit der Koalition — das ist die Parole Kasteris. Die Heerlager teilen sich: Während sich die Arbeiterschaft immer energischer um einen Mittelpunkt revolutionärer Klassenkampfes kauft, der gewiß nicht mehr in der Person des Reichssozialisten zu suchen ist, sondern entschieden weiter links gefunden werden muß, halten sich die kämpfenden Kräfte in der Bourgeoisie in gleicher Weise auf Kosten der sogenannten bürgerlichen „Mitteparteien“ zusammen und verteidigen die Schwere ihres Handbells in die Gemeinschaft mit allen den Parteien ausschließlich, die die brutale Verteidigung der alten Gesellschaftsordnung unter Ausschluß aller Nebenbedingen und ohne Absehung zu irgendwelcher „Geistigkeit“ auf ihr Banner geschrieben haben. Der Sammelprozeß des Proletariats verlegt den Schwerpunkt der Initiative nach links, der Sammelungsprozeß im Bürgertum rückt ihm deutlich nach rechts. Die große Trennungslinie zwischen Sozialismus und Kapitalismus, von Reichssozialisten, bürgerlichen Ideologen und anderen unklaren Politikern allzusehr verwischt, wird wieder deutlich sichtbar.

So ist auch die neue katholische Partei, die „Christliche Volkspartei“ in der Reaktion gegen den Zentrumsozialismus gegründet worden, wie das jetzt die Rheinisch-Westfälische Zeitung nicht unzweifelhaft ausdrückt. Sie wird die Geldaristokratie, auch die eigentumsfanatische klerikale Bauernschaft gegen die katholischen unzufriedenen Proletariatsmassen in den Großstädten in den Wahlkampf unter eigenem Banner führen. In der parlamentarischen Orientierung wird sie in logischer Folge nicht in der Koalition mit dem rechten Flügel der Arbeiterfront das Heil suchen, sondern im bewußten Hinabreiten auf einen rein bürgerlichen Block von West- und Ostpreußen mit Müggen und Wemmer.

Das Geldinteresse ist also auch das Schmieröl dieser Zentrumsevolution. Nur unter diesem Gesichtspunkt erklären sich auch ohne weiteres Dinge, die sonst geradezu als Wunderlichkeiten erscheinen müßten. Kaster, der kommende Mann am Rhein, war nämlich bisher auf der einen Seite Führer der Rheinländer, die mit Hilfe der Entente noch heute nach der rheinischen Republik wehmütig ausschauen, und auf der anderen Seite Wortführer eines härteren deutsch-nationalistischen Tons im Zentrum; er hat die wildsten Kriegesreden gegen England gehalten, wie ja die gesamte Kölnische Volkszeitung das wildeste Unionsblatt während des Krieges war. Das Wortemontale vertritt eben ruhig zwei, sogar mehrere Seelen in der Brust seines Trägers. Ubi bene, ibi patria: wo's mir gut geht, da ist mein Vaterland.

Der Deutschen Zeitung wird angeblich aus katholischen Kreisen zu der neuen Parteigründung geschrieben:

„Die Christliche Volkspartei wird, richtig gesteuert und organisiert, baldigst eine gewaltige Zahl Wähler aus dem katholischen Lager auf sich vereinigen. Die rheinischen, westfälischen und belgischen Bauern, die Mittelständler des Industriebezirks und der ländlichen Kreise, die freien Berufe und die Beamten, nicht zuletzt auch die Geistlichkeit, waren der Zentrumspolizei der Erzbischof und Reinkens, der Oberbischof, Reinkens und Erzbischof, herzlich satt. Bei westfälischen Bauern wird der Name Gombos, des Mannes von Westfalen, geradezu wie ein rotes Tuch. Alle diese Kreise erlangen längst, daß nur eine reichliche Eichelung Rettung bringen könne. Sie jubeln der neuen Partei zu.“

Die Kölnische Volkszeitung, als das führende Zentrumblatt erklärt die Gründung der neuen Christlichen Volkspartei



Es ist dies die erste förmliche Wpflitterung vom Zentrum, und es erhebt die Gefahr, daß dieser Anfang vielleicht das Signal sein wird für weitere Wpflitterungen. An Entgegenkommen gegenüber den Führern der neuen Bewegung von Seiten der Leitung der Zentrumspartei hat es wahrhaftig nicht gefehlt. Aber alle Bemühungen haben nichts genutzt. Schließlich sind die Vertreter der neuen Gruppen ebenso förmlich wie förmlich eingeladen worden, an einer Sitzung im Produktionsrat der Zentrumspartei teilzunehmen, um eine Einigung herbeizuführen und gemeinsame Kandidaten aufzustellen. Dieser Einladung sind sie nicht gefolgt. Ebenso wurde ein Einigungsversuch, der unter Vorsitz des Dompropstes Ribbenborn gemacht werden sollte, abgelehnt.

## Der Abbruch der Karpathen-Tragödie.

In Berlin fand vor dem Oberkriegsgericht der Abwicklungsfall des früheren 8. Armee-Korps die Berufungsverhandlung gegen den verurteilten Soldatenführer, Oberleutnant der Reserve und Gerichtsbesitzer A. D. Müller statt. Müller wird vorgeworfen, als Kompanieführer im Jahre 1915 den Gardebataillon Helmshale in drei Fällen mißhandelt und durch Entziehung der Nahrung den Tod des Helmshale verschuldet zu haben. Wegen Mißhandlung Untergebener in zwei Fällen ist Müller bereits im Januar d. J. zu 7 Wochen Gefängnis verurteilt worden. Ein Strafmaß, das angesichts der furchtbaren Verbrechen selbst bei der reaktionären Presse Mißbilligung erweckt. In den drei Fällen, in denen Oberleutnant Müller die Verantwortung für den Tod dreier Untergebenen tragen soll, erkannte das Kammergericht in erster Instanz auf Freispruch. Unter dem Druck der allgemeinen Empörung über die aufsehendsten Mißhandlungen sah sich die Regierung gezwungen, den Gerichtsherrn zu veranlassen, Berufung einzulegen. Doch beschloß die Verleumdung seine Berufung auf den Fall Helmshale, so daß die Berufung wegen der Führung der Gardebataillon Thomas und Müller rechtskräftig geworden ist.

Nach der Anklage hatte Müller Helmshale wegen Unterdrückung eines Stillschusses mit drei Tagen schweren Arrest bestraft, die durch Anbinden an einen Baum vollstreckt wurden. Hierbei wurde Helmshale von Müller geschlagen. Ein Tage später verweigerte Helmshale, der an einem Darmkarzinom litt, das Gewehrputzen, weil er sich krank fühlte. Er wurde hierfür abermals auf Befehl der Angeklagten bei großer Kälte angeknüpft. Vor Verewilligung begann Helmshale zu schreien. Darauf ließ ihn der Bataillonkommandeur, Major von Koller, in einen engen Unterstand werfen, der von den übrigen Mannschaften bereits als Klosett benutzt worden war. Müller als Kompanieführer hat es hierbei unterlassen, den Helmshale auf Straß- und Hofschiffahrt unterziehen zu lassen. Dagegen gab er dem Befehl, Helmshale während seiner Haft nicht mehr zu essen zu geben. Helmshale wurde bald so schwach, daß er nicht mehr gehen konnte, sondern zur Katrine geholt werden mußte. Bei dieser Gelegenheit hat ihn der Angeklagte auf das gemeinste beschimpft und mißhandelt. Müller rief: „Das Mitvieh verhält sich, man muß ihn in den A... treiben.“ Und er setzte die Rohheit sofort in die Tat um. Nach einer qualvollen Nacht ist Helmshale in dem Erdbloch gestorben.

Müller bestritt alle Mißhandlungen. Die Beweisaufnahme gestaltete sich für den Angeklagten aber sehr ungünstig. Die Zeugen sagten zum Teil bestimmter aus, als in der ersten Verhandlung, auch traten Zeugen auf, die in der ersten Verhandlung nicht zur Stelle waren. Die Zeugen bekundeten mit großer Sicherheit, die einzelnen Vorgänge, Befehle oder Verschimpfungen, die sie gesehen bzw. gehört haben. Wesentlich war vor allem die Aussage des Jungen Doll, der seit aus der russischen Gefangenschaft zurückgekehrt ist und in erster Instanz noch nicht vernommen war. Doll, der als Offizierskondotier im Unterstand des Angeklagten weilte, hat mit angeführt, wie der Angeklagte den Befehl gab, den Helmshale verewilligen zu lassen. Überreichtend bekundeten die Zeugen die Rohheiten des Angeklagten, der seine Untergebenen mit ihren eigenen Seltengegegen, mit Schusseln oder mit seinem Bergstock geschlagen oder mit Hühnern getreten hat.

Müller mißbrauchte seine Kommandogewalt, um die Kompanie nachts unruhig zu alarmieren. Er verewilligte willkürlich die härtesten Disziplinarstrafen. Dieser ehrenwerte Kompanieführer beschloß aus den Nebenangelegenheiten die alkoholischen Getränke für sich und willigte in der Trunkenheit besonders heftig gegen die ihm ausgelieferten Soldaten.

Besonders belastend für den Angeklagten waren die Aussagen des jetzt erst vernommenen -Jungen Andys, der als Kompanieführer im Unterstand des Angeklagten die Vorgänge genau beobachtet hat. Andys bekundete, daß Müller den offensichtlich schwerverwundeten Helmshale in das Gefäß getreten und mit dem Bergstock geschlagen habe, wobei Müller rief: „Ist das Rad noch nicht verewilligt? Das Mitvieh verhält sich nur. Geht ihm einen Tritt vor den Arsch!“ Der Sanitätsreferent hat diese rohe Zumutung des Angeklagten als Befehl aufgefaßt und auch seinerseits befohlen, so daß der unglückliche Helmshale bei dieser Gelegenheit von zwei Seiten Zugriffe bekommen hatte. Andere Soldaten bekennen, daß sie sich infolge des نومرنمن des Helmshale abwandten, um diese schrecklichen Vorgänge nicht mit ansehen zu müssen. Andys hat auch angeführt, wie der Angeklagte dem Unteroffizier Meier den verewilligsten Befehl gab, der durch Verbrennungen den Tod des Helmshale herbeiführte: Sie fornen mir dafür, daß die Deute nichts zu Irren und nichts zu laufen bekommen.

Andys berichtet ferner über ein Gespräch des Angeklagten mit dem Unterarzt Müller, aus dem das Schicksal des Helmshale mit aller Deutlichkeit hervorgeht. Unterarzt Müller wollte einen Totenschein ausstellen, nachdem der Tod Helmshales durch Ersticken eingetreten sei und doch Wiederbelebungsversuche durch Atmen mit Schnee erfolglos waren. Unterarzt Müller sagte zu dem Angeklagten: Das Bedenkliche hier, daß Helmshale ohne Nahrung ablieben war. Müller antwortete hierauf: Ich bin mir dessen wohl bewußt. Ich habe da etwas getan, was ich nicht tun durfte; als Arztstarke hatten die Deute ihre ganze Verewilligung zu bekommen.

Zeuge Kaiser, der Mitgefangene Helmshales in dem Erdbloch, bekundete, daß er von dem Angeklagten mit vorgeschalteten Revolver dazu gezwungen worden ist, das falsche Protokoll zu unterschreiben. Zeuge Andys kommt nun auf die Verewilligung der Nebenangelegenheiten durch Müller zu sprechen. Er schildert, wie die Verewilligung bei der Kompanie darauf geprüft wurden, ob es „Aluderte“. Wenn man annehmen konnte, daß Aluderte mit Alkohol den Anstalt bildeten, befohlen der vorbildliche Kompanieführer Müller die Patke für sich. Den größten Teil der Spirituosen verewilligte Müller für sich, einen Teil auch zur Verewilligung von Wästen, zumest Offizieren der Nachbarkompanien.

Der Angeklagte verewilligte die Beschuldigungen des Jungen zu widerlegen, doch werden die Angaben des Jungen von anderen Kompanieangehörigen bestätigt. Ein Soldat berichtet noch, wie ihn Müller dadurch gezwungen hat, daß er ihn bei großer Hitze Wasser, das der Zeuge zur Kühlung des Durstes für sich und seine Kameraden unter feindlichem Feuer mit Lebensgefahr geholt hatte, wegnahm und forschte.

Zum Schluß der Beweisaufnahme wurden als Entlastungszeugen ein Feldwebel und eine Reihe von Offizieren, ebenso der ehemalige Kommandantkommandeur vernommen. Diese Herren haben von Mißhandlungen nichts gesehen, wenigstens oder gar nichts gehört und niemals bemerkt, daß Müller betrunken war!

Der Vertreter der Anklage beantragte gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von drei Jahren und sechs Monaten Gefängnis und Dienstentlassung. Das Oberkriegsgericht verewilligte Müller, wie schon berichtet, zu zwei Jahren Gefängnis und Dienstentlassung.

In der Begründung des Urteils wird u. a. gesagt: Das Gericht hat angenommen, daß die Mißhandlungen des Angeklagten nur zum geringsten Teil den Tod des Helmshale verursacht habe; der Hauptgrund des Todes sei die Infektionskrankheit gewesen. Helmshale sei infolgewegs zu Tode gemariert worden. Nach der Beweisaufnahme ist aber als Tatsache festzustellen, daß Helmshale zu Tode

gemariert worden ist. Der Kriegskriegswille Helmshale hat tatsächlich als Opfer des Militarismus am Marterpfahl gehangen. Die Schuldigen des Oberleutnants Müller verewilligen keine noch so fein ausgedachte juristische Raffinesse zu beschönigen.

## Revision im Müller-Prozess.

Herr Müller ist der Meinung, daß ihm durch das Urteil des Oberkriegsgerichts Unrecht geschehen ist. Er hat gegen das Urteil Revision beim Reichsgericht eingeleitet.

## Für den neuen Militärputsch. Enthüllungen der Altenburger Regierung.

Das Enthüllungsgeheimnis der alldutschen Wäster, allen voran der „Deutschen Zeitung“, über einen angeblich bevorstehenden großen kommunistischen Aufstand in Mitteldeutschland hat zu einem von den Zeitungen gewiß nicht erwarteten Resultat geführt. Die demokratisch-sozialistische Staatsregierung von Sachsen-Altenburg, die also keineswegs spartanischer Umtriebe verewilligt ist, enthält nämlich jetzt die wirklichen dunklen Pläne, die hinter jener deutsch-nationalen Lärmwolke stecken. Die Militärpläne eines neuen Putsch, der besser vorbereitet werden soll als der Kappzug und brauchen die Angst der durch antibolschewistische Greuelmächten ins Bodshorn gezogenen Bürgerwehr und Beförderer, um ihre Vorbereitungen unter dem Deckmantel der Defensive gegen die Kommunisten in aller Gemütsruhe treffen zu können.

In einer dieser Tage an die Reichsregierung gerichteten Denkschrift verewilligt die alldenburgische Staatsregierung, daß in Altenburg nicht die leisesten Anzeichen für das von der Deutschen Zeitung beschriebene (kommunistische) Unternehmen zu bemerken seien. Die Denkschrift fährt dann wie folgt fort:

„Der alldenburgische Staatsregierung will schmelzen, daß nicht irgendwelche politische ernst zu nehmende Kommunisten oder gar U. S. V. Leute einen Aufstand zur Eroberung Thüringens und Mitteldeutschlands planen, sondern daß vielmehr von den von der Reichsregierung noch nicht beherrschten Teilen des Mitteltes eine militärisch-strategische Durchdringung Mitteldeutschlands geplant wird, an welchen reaktionären Streitkräften in Bayern und denen in den ostelbischen und gewissen norddeutschen Provinzen eine militärisch gesicherte geographische Brücke herzustellen, die im Falle eines neuen Militärputsches die Reichshauptstadt und die Reichsregierung von dem neuen republikanischen Teilen Deutschlands abzuscheiden würde.“

Die Kapp-Regierung ist seinerzeit gerade durch den entschlossenen Widerstand, den ihr das Kommunisten- und politisch am weitesten vorgeschrittene Arbeiterzentrum im mittleren Deutschland entgegensetzte, gescheitert. Dieses Zentrum in militärisch-politischer Gewalt zu bekommen, halten jetzt die Generäle für ihre dringlichste Aufgabe. Und wenn Herr von Seeckt, Herr Gessler allerortsliche „rechte Hand“ in Berlin so weiterwirtschaften darf, wie bisher, ist es schließlich auch einige Aussicht vorhanden, daß solche Nebenpläne gelingen.

## Vom polnisch-russischen Krieg. Die Erfolge der Polen.

Warschau, 3. Mai. Nach einem Bericht des Generalstabs haben die Polen Kielezow (?), Verewilligow, Kasatin, Gmiesin und Bar befehligt. Bei der Besetzung von Kasatin wurden 2000 Gefangene gemacht.

Amsterdam, 4. Mai. Times meldet aus Warschau, daß laut Meldung des Generalstabs seit Beginn der polnischen Offensiv 25 000 Gefangene gemacht, 100 Geschütze, 818 Maschinengewehre, 2 Panzerzüge, 1 Tants und viel Kriegsmaterial erewilligt wurden.

## Verlegung der polnisch-ukrainischen Grenzen?

Amsterdam, 4. Mai. Telegramm gibt eine Londoner Meldung wieder, wonach in Warschau zwischen Polen und der Ukraine ein Grenzabkommen geschlossen wurde. Im allgemeinen folgt die neue Grenzlinie der alten. Am Bug tritt Polen der Ukraine eine große Fläche Landes mit 1 1/2 Millionen Polen ab und erhält dafür Disgallien mit Ausnahme eines Teils von Wolhynien. Offenbar handelt es sich dabei um eine Vereinbarung zwischen der polnischen Regierung und dem Führer der ukrainischen antibolschewistischen Banden Petljura, dessen Macht in der Ukraine gerade soweit reicht, als sie durch die Waffengewalt der Polen gesichert ist.

## Gewerchenschaftsbewegung.

**Bahnbewegung der Fleischergelesen.**  
Die Fleischergelesen Leipzigs befinden sich seit über fünf Monaten in einer Lohnbewegung. Die Unternehmer haben jetzt einen wöchentlichen Zuschlag von 15 Mt. für jüngerer und 25 Mt. für verewilligterer Besellen zugesagt. Ein geradezu lächerliches Zugeständnis, zumal der Verdienst der Unternehmer gewaltig gestiegen ist. Wenn den minimalen Forderungen der Gelesen nicht Rechnung getragen wird, werden die Fleischergelesen zum äußersten greifen müssen.

## Zentralverband der Fleischer.

**Lohnverhandlungen für die Luhenbauern der R. U. S. Branche im Versicherungsgewerbe.**

Nachdem am Freitag, dem 30. April, vormittags, der Zentralverband der Angestellten mit dem Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsunternehmer den Reichstarif für die Einnehmer endgültig abgeschlossen hatte, begann am Nachmittag desselben Tages die ersten Verhandlungen über den Reichstarif der Luhenbauern. Das Resultat dieser ersten Vorbereitungen war die grundsätzliche Einigung der anwesenden Arbeitnehmer-Organisationen auf folgende 5 Punkte:

1. Besseres Gehalt (erhöhtes Existenzminimum), Regelung der sozialen, Wirtschaftshilfe, Altersverewilligung, Kündigung und Urlaub. Eine aus beiden Parteien (Arbeitgebern und Arbeitnehmern) bestehende je fünfjährige Kommission wurde gewählt und bestimmt, daß dieselbe am Mittwoch, dem 6. d. Mts., ihre Tätigkeit aufnehmen habe.

Die Luhenbauern müssen nun selbst an der Weiterführung ihrer Sache mitwirken und in den Versammlungen, die vom 3. d. Mts. für sie einberufen werden, vollständig erscheinen, um an der Gestaltung ihres Schicksals mitzureden und tatend teilzunehmen. Es gilt nun, den letzten Mann der freigeberchenschaftlichen Organisation dem Zentralverband der Angestellten anzuschließen, um im gegebenen Augenblicke die berechtigten Forderungen mit Nachdruck und Erfolg durchzuführen.

## Der Tarifvertrag für die Einnehmer im Versicherungsgewerbe

ist am Freitag, dem 30. April, zwischen dem Zentralverband der Angestellten und dem Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsunternehmer zum Abschluß gebracht worden. Danach erhalten die Einnehmer rückwirkend ab 1. Oktober 1919 in Ostklasse A ein festes Monatsgehalt von 240.- Mt. und 60.- Mt. Kleidergeld. Am 15. April ist ein Urlaubsgeld und am 15. Oktober eine Urlaubshilfe in Höhe je eines Monatsgehaltes zahlbar. Als Urlaubshilfen für verewilligte Verewilligungen sind die bisherigen Säue zuzulanda.

**Jugendabteilung des Arbeiterverbandes.** Die Verhandlungen der Jugendabteilung finden von jetzt ab jeden Sonnabend, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Secker Straße, Zimmer 14, (Saalgebäude) statt. Der Vorstand.

Die Rechtsanwaltsangelegenheiten beschloßen in ihrer am 29. April in Saale des Eldorado abgehaltenen Versammlung, den bestehenden Tarifvertrag zu kündigen und wegen einer 75prozentigen Erhöhung aller Gehälter an den Anwaltsverein heranzutreten.

Kaum eine Angestelltengruppe wird so schlecht entlohnt als diese. Noch im Januar war der höchste Monatsgehalt auf 400 Mt. festgesetzt und er beträgt zur Zeit nur 280 Mt. Dieses Gehalt hat jedoch eine nur verewilligsmäßig geringe Zahl von Angestellten (ein Teil der Bureauvorsteher) zu beanspruchen. Weit geringer ist das Gehalt der übrigen Angestellten, unter denen sich natürlich auch Verewilligterer befinden. Die Gehälter der Stenotypistinnen, die bisher von 85 Mt. bis 100 Mt. monatlich festgesetzt waren, sind geradezu lächerlich. Man muß sich wundern, wie dieser Teil der Angestellten bei solchen Gehältern zu bestehen verewilligt. Von den Organisationen wurde verlangt, daß sie sich nicht wieder auf lange Verhandlungen einlassen, sondern alsbald den Schlichtungsausschuß anzurufen sollten.

## Forderungen der Juidauer Bergarbeiterunion

Die außerhalb des Bergarbeiterverbandes stehende Freie Arbeiterunion des Juidauer Steinkohlenreviers hat durch ihren Zentralrat folgende Forderungen einreichen lassen: 1. Beschäftigung der Arbeiter einschließlich Ein- und Ausfahrt, 2. Beschäftigung der Arbeiter, 3. Beschäftigung von Bergarbeiterwohnungen und Lohnregelung rückwirkend von 1. April d. J. an, 4. daß für alle 16-jährigen Arbeiter ein Tagelohn von 35 Mt. bezahlt wird. Bei jedem vollendeten Lebensjahr soll eine Ziergerung von 2 Mt. erfolgen, daß Arbeiter im Alter von 24 Jahren 60 Mt. Mindestlohn täglich erhalten. Die Ainderzulagen sollen gleichfalls erhöht werden. Diese Forderungen werden mit der Zufuhrforderung gestellt, daß die Kohlenpreise nicht erhöht werden dürfen. Weitere Forderungen betreffen die Einsetzung von Betriebsräten, Mitbestimmungsrecht, Erhöhung der Krankengelder usw. Der Bergbauische Verein, die Unternehmervereinigung, hat es abgelehnt, mit der Arbeiterunion zu verewilligen.

## Kündigung des Tarifvertrags im Ruhrkohlenbergbau.

Der Tarifvertrag für den Ruhrkohlenbergbau ist von den Bergarbeiterorganisationen zum 1. Mai gekündigt worden. Es werden Lohnforderungen gestellt, und zwar mit Ableitung von 1. Mai, die für die Arbeiter unter Tage eine Erhöhung von 8 Mt. pro Schicht vorsehen, außerdem eine Erhöhung des Aindergehaltes.

## Von Rich und Fern.

**Statistischer Abbruch eines Wettspiels.**  
Rom, 3. Mai. Bei einem Fußballwettbewerb in Biareggio mußte die Polizei bei Streitigkeiten zwischen den Spielmannschaften einschreiten. Es seien Resolventen, durch die eine Person getötet wurde. Die Menge entwonnene die Karabinieri, durchschnitten Telegraphendrähte und konnte erst wieder zur Ordnung gebracht werden, als die Polizei Verstärkungen erhielt.

**Schwerer Sturm in Amerika.**  
Wintegon (Illahama), 3. Mai. (Meuter). Während eines schweren Sturmes, der die Stadt Boga verewilligte, wurden fünfzig Personen getötet und viele verletzt.

**Von einem Ausländer erschossen.**  
Am Sonnabend fuhr ein französisches Auto, in dem sich zwei in japanischen Diensten lebende Zivilkassiere befanden, kurz hinter München gegen einen Baum und wurde in den Graben geschleudert. Ein herangeschleudertes Zivillist gab einen Schuß aus einer Pistole ab. Dierdurch wurde ein 13-jähriger Knabe so unglücklich getroffen, daß er in der Nacht zum Sonntag starb. Der Kassierer und beide Insassen wurden von der internationalen Kommission in Haft genommen. — Wie die Münchener Zeitung zu dieser Meldung schreibt, waren die Insassen des Autos sinnlos betrunken. Der Zivillist soll direkt auf die davon laufenden Kinder geschossen haben.

## Größter Brand in Bremen.

Bremen, 4. Mai. Dienstagabend entbrach auf den Atlas-Werken ein ausgedehntes Schiffsfeuer, das in einem über der Schiffsdecke liegenden Boden zum Ausbruch kam, in dem außer Schablotten die Entwurfs- für Schiffneubauten lagen. Das Feuer fand an den Holzschablotten reichliche Nahrung und griff mit rasender Geschwindigkeit um sich, so daß in wenigen Minuten das umfangreiche Gebäude in hellen Flammen stand. Nach zwei Stunden standen von dem Gebäude nur noch die Brandmauern und die Eisenkonstruktion des Dachstuhls. Die Ursache des Brandes ist noch nicht aufgeklärt. Der Verlust des Wertes ist ganz bedeutend, da neben den zurzeit teilweise unzerstörten Maschinen auch die für die Weiterführung der Schiffneubauten erforderlichen Schablotten ein Raub der Flammen geworden sind.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Heinrich Dießner in Leipzig.  
Verantwortlich für den Anseratenteil: Friedrich Müller, Vorshort-Leipzig.  
Print und Verlag: Leipziger Buchverewilliger Mittelverewilligung, Leipzig.

**Erdal Schuhputz**

Der Kenner spricht, wie angenehm putzt sich der Schuh mit Erdalcreme.

schwarz / gelb / braun / rotbraun  
Alleinhersteller: Werner & Mertz, Mainz

Diese Nummer umschließt 5 Seiten.







Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 5. Mai.

Parteiangelegenheiten.

Redner-Vereinigung.

Donnerstag, 6. Mai, abends 7 Uhr, im Volkshaus Café links, Zusammenkunft der Rednervereinigung. Pünktlich erscheinen. Die Bezirksleitung der U. S. P. Leipzig.

Funktionärinnen Groß-Leipzigs U. S. P. D. Donnerstag, den 6. Mai, abends 7 1/2 Uhr, Sitzung im Volkshaus, Cafévorraum. Eröffnen aller ist Pflicht. Thiel.

Alt-Leipzig, Bezirk Süden. Mittwoch, den 5. Mai, abends 7 Uhr, Gruppensitzung im Volkshaus. Sämtliche Gruppenleiter sind hierzu geladen.

Ortsverein L.-Sohlis. Parteifunktionäre und alle Genossen und Genossinnen, die sich an der Wahlarbeit beteiligen wollen, laden wir Donnerstag, abends 8 Uhr, zu einer wichtigen Besprechung in den Mühlau-Kiosk ein. D. S.

Zu weiteren Erläuterungen, an diesem Abend die Kartieren abzurechnen. Preußische Einwohnerwehr. Donnerstag, den 6. Mai, abends 7 Uhr, im Gasthof Thonberg, Reichenhainer Straße 148.

Kartelldelegation!

Freitag, abends 7 1/2 Uhr, im Volkshaus Kartellversammlung. Die Gewerkschaftsvorstände sind eingeladen. Kartellausschuss 6 Uhr im Volkshauskontor.

Zur Meißner.

Die Genossen der Meißner Meißner bei Meißner in Sachsen hatten an das Kartellkomitee im Volkshaus Leipzig nachfolgendes Telegramm geschickt:

Wir begrüßen die Massenbewegung Arbeiterpartei Leipzigs bei der Feier des Festes der allgemeinen Arbeiterbefreiung. Hoch der Sozialismus!

Weltrevolution und Reaktion und die bevorstehenden Reichstagswahlen.

Der Ortsverein Alt-Leipzig hatte zu einer öffentlichen Einwohnerversammlung für den Dienstag im Volkshaus eingeladen, in der Genosse Dr. B. Reitz über das obenstehende Thema referierte. Nach einigen einleitenden Worten des Vorsitzenden über die Notwendigkeit der Wahlarbeit erhielt Genosse Breitfeld das Wort.

Die würdige Feier des ersten Mai in ganz Deutschland als ein ungeheurer Kampf des Proletariats ist der rechte Auftakt zu den Reichstagswahlen am 6. Juni. Der Redner behandelte den Streit um die Durchführung der Neuwahlen und kennzeichnete die bürgerlichen Parteien, wie sie nach einer zugrabenhaften Wahlparole suchen und doch alle sich getrennt aufzusuchen in dem Streben, die Profitwirtschaft zu erhalten. Unsere Partei, die U. S. P. D., habe nicht nötig, nach einer Wahlparole zu suchen, sie wechselt nicht von Fall zu Fall, von einer Wahl zur andern, ihr Programm für uns bedeutet die Wahlbewegung ein Stück des Klassenkampfes. Wenn wir die Zeit seit der letzten Wahl übersehen, dann erhebt sich die Frage: Sind wir unserm Ziele, sind wir der Niederwerfung des Kapitalismus näher gekommen? Trotz der Wirren und Mühen, trotz Ersparnis des Militärischen, trotz der Scheinbaren Stärke der kapitalistischen Gesellschaft müsse er die Frage mit Ja beantworten. Noch weit entfernt von unserm Ziele, das wir auch durch die Wahlen nicht erreichen könnten, seien wir doch dem Sozialismus ein Stück näher gekommen. Die ökonomische Lage werde als unheilbar erkannt und dränge nach einer Lösung, der revolutionäre Wille, das Machtbewusstsein der Arbeiterpartei sei gestiegen. Man müsse den Kampf und die Politik dankbar sein für ihre ungewollten Verdienste, die Arbeiterklasse radikalisiert und revolutioniert, ihre Kampfbereitschaft gesteigert zu haben. Denn die Revolution sei nicht beendet, wie nach dem Zusammenritt der Nationalversammlung bis einen geschloffen, die andern geschloffen. Darum sei es auch verfehlt, nach verzweifelten Mitteln zu suchen, die Bewegung künstlich anzupfeifen. Die Revolution 1918 habe nicht das gebracht, was wir erhofft, sie war vielleicht gar keine, war nur ein Zusammenbruch, eine Katastrophe. Sie habe uns befreit vom Absolutismus, von der Monarchie, habe uns die kapitalistische Republik gebracht. Und die Republik schaffe klare Tatsachen, klare Bahn. Deshalb sei auch die Arbeiterklasse gegen die Kapp und Lüthow wie ein Mann aufgetreten: nicht um der Bauer und Posten willen, sondern um die Republik, was eine Gruppe auf dem Wege zum Ziele zu verteidigen. Der 9. November sei der erste Tag einer sich selbst bewahrenden Revolution, deren Anfänge bis zum Beginn des Krieges zurückreichen. Die bei dem Zusammenbruch des internationalen Kapitalismus Steiger gelösten Länder hätten auch die Revolution im Lande, und aller Glanz und Hitter könne nicht verhindern, daß auch in diesen Ländern die wirtschaftlichen Tatsachen sich durchsetzen, daß die Klassenverhältnisse schärfer zutage treten als je zuvor. Denn der Krieg habe auf der einen Seite Willkürmaßnahmen, auf der andern Seite Massenelend geschaffen; der Mittelstand sei elend gerieben worden. Redner zeigt an einem Beispiel, wie Kriegsgewinne gemacht wurden, wie zur Zeit der Sommerkämpfe, wo an der deutschen Front Mangel an Eisen herrschte, die deutsche Schwerindustrie ihre Produkte an das neutrale Ausland abgab, um der höheren Preise willen. Nach Entfernung der deutschen Fabriksachen gelangten die Waren, dann in die feindlichen Staaten. Das durch Landes- und Hochverrat erworbene Kapital diene nun dazu, Zeitungen anzukaufen, die Gehirne der Arbeiterpartei zu beneheln, Wahlen zu machen.

Nun werde behauptet, die Arbeiterpartei nehme teil an den Gewinnen, die hohen Preise seien erst durch die erhöhten Löhne bedingt. Die Dividendenziffern widerlegen glatt diese lächerlichen Behauptungen, und dabei seien die Gewinne sehr viel höher, als durch die Dividenden zum Ausdruck kommen. Dagegen ständen die Löhne der Arbeiterpartei in gar keinem Verhältnis zu den Kosten des Lebensunterhalts, sie deckten nicht einmal das Existenzminimum. Er finde ein Herabgleiten der Lebenshaltung statt; Mutter- und Säuglingssterblichkeit, allgemeine Schwäche, die untrüglichen Beweise dafür. Um aus den wretcheden Verhältnissen herauszukommen sei die Bourgeoisie mit einem Rezept schnell zur Hand: Arbeiten und wiederum arbeiten! Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen. Die Parole sei lächerlich. Denn viele essen nicht nur, sie schlummern, ohne zu arbeiten. Wie solle die Arbeit gesteigert werden, wenn die Vorbedingungen fehlen, wenn es an Nahrungsmitteln mangelt, wenn niemand wach, wofür er arbeitet. Aber in der Arbeiterpartei sei der Wille gewachsen, die Dinge umzugestalten, nachdem sich bei dem Kapp-Putsch erneut gezeigt habe, was die Arbeiterpartei könne, wenn sie einig sei im Willen. Denn bekanntlich könne man mit Bajonetten alles machen, nur nicht sich darauf setzen. Keine Herrschaft könne sich halten, die sich nur auf die Gewalt der Waffen stütze und die ökonomischen Grundlagen nicht beachte. Das System Ludendorff, der Kapp-Putsch seien gescheitert nicht an der Regierung, die war am 13. März schon moribund, von rechts und links gefasst. Sie habe nichts geleistet, habe kein Ziel, bringe nichts Großes in großer Zeit hervor und wäre zusammengebrochen, wenn nicht die Arbeiterpartei ihr den Rücken gekehrt habe. Vor Jahr und Tag sei zwar verkündet worden: Die Sozialisierung macht sich, sie ist da. Aber nicht der Kleinste hat es bemerkt, alle Verträge, alle Verträge, alle Verträge...

leben geblieben. Die Regierung habe versucht, durch Arbeitsgemeinschaft und Betriebsrätegesetz die Arbeiterpartei über den Köpfen zu barbieren. Und doch sei es niemals dringender gewesen als heute, diese Gewinne zur Deckung der ungeheuren Schuldenlasten zu verwenden. Die Sozialisierung sei die einzige Rettung aus dem Elend. Von einer Regierung, die sich zusammensetze aus den kapitalistischen Demokraten, dem Zentrum und den Reichstagssozialisten, die den Klassenkampfgedanken aufgegeben, sei natürlich nichts Großes zu erwarten. Sie gleiche einem Wagen, der vorn und hinten bespannt, im Dreieck sitzen bleibe. Sie gleiche einem Baum, der sozialistische Furcheln trägt, wie die Weide, ein Blatt der Reichstagssozialisten, treffend bemerkt. Aber ebensowenig wie dem Kapitalismus könne eine Koalitionsregierung dem Militarismus, dem engsten Verbündeten des Kapitals, an den Leib. Die meuternden Truppen, die Räuberbanden, die das Land unsicher machen und sich an seine Verfassung lehnen, könne eine Koalitionsregierung nicht entwaschen. Die Leute könnten vielleicht noch einmal gebraucht werden, den bedrohten Profit zu schützen. Nur eine Bewaffnung der Proletariats, eine wohlorganisierte und disziplinierte Arbeiterarmee sei in der Lage, die Entwaschung des Militarismus herbeizuführen. Sei dies erfolgt, sei die Gegenwehr von Waffen entblüht, dann sei kein Heer mehr nötig, dann sei das Proletariat der Stärkere und müsse siegen.

Deshalb müsse die Forderung erhoben werden nach einer reinsozialistischen Regierung, die alle zusammenfaßt, die nicht durch Gewalt, sondern durch Taten erwiesen haben, daß sie Klassenkämpfer sind. Nun erhebe sich die Frage, wie kommen wir zu einer solchen Regierung? Einige hoffen, der Weg gehe über das Parlament. Ob beide sozialistischen Parteien die Mehrheit erhalten, sei zweifelhaft. Man müsse sich aber mit dem Gedanken vertraut machen, die Regierung zu bilden auch ohne eine parlamentarische Mehrheit. Die Reichstagsparteien seien nicht das ausschlaggebende Element. Das Vertrauen zur parlamentarischen Maschine sei geschwunden. Die Kräfte, die draußen ringen, könnten im Parlament nicht restlos zur Geltung kommen, da der Kapitalismus mit Hilfe seiner Machtmittel das Resultat fälscht. Warum wollen wir und denn an der Wahl teilnehmen, was nicht der Aufwand der Kräfte? Die kommunistische Arbeiterpartei, die Syndikalistischen Lehren eine Beteiligung an der Wahl sei, die U. S. P. D., die vordem noch jeden des Verrates ziele, der sich für Wahlbeteiligung aussprach, werde diesmal eine eigene Liste aufstellen. Sie wollen die Unmöglichkeit des bürgerlichen Parlamentarismus erweisen. Dies könne wohl in Volkerversammlungen geschehen, innerhalb des Parlamentes sei es ein Un Ding. Wir würden uns von positiver Arbeit nicht freihalten können. Diese könne natürlich nicht bestehen in einer Koalition, nicht in der Festigung des Kapitalismus. In der Steuergesetzgebung habe unser Heber zu früh verstorbenen Genosse Warn nachgewiesen, wie gearbeitet werden müsse. Genossin sahle der Kapitalist seine Ausgaben aus dem den Arbeitern abgeprehten Mehrwert, oder wenn die Arbeitervertreter an der Gestaltung der Gesetze nicht mitwirkten, werde der Arbeiter doppelt belastet. Das Parlament bringe uns nicht ans Ziel, es sei nur eine der Waffen, die wir anwenden müßten. Im entscheidenden Moment müßten wir bereit sein, die Herrschaft auch ohne den Willen einer parlamentarischen Mehrheit zu übernehmen. Das beste nicht eine Meinheitspartei der Wenigen, nicht Waffengewalt und Terror. Die Träger der wirtschaftlichen Macht, die vielen wären damit berufen, ihr Schicksal in eigene Hände zu nehmen. Für diesen Gedanken müßten die Massen geschult, die rechtssozialistischen Arbeiter als misleitete Brüder für unsere Ideen gewonnen werden. Der Wahlkampf müsse geführt werden gegen die Reaktion und die Arbeiterpartei, die ihr Herrscherspiel gewesen sind. Denn noch gelte das Wort Freiligraths: Wir sind die Kraft, wir hämmern jung das alte moriche Ding, der Staat.

Wichtigster Beifall demgegenüber die Annahme der Versammlung. Gegner meldeten sich nicht zum Wort; eine Aussprache fand nicht statt. Mit aufmerksamen Worten des Vorsitzenden wurde die Versammlung geschlossen.

Wie das Leipziger Unternehmertum rüstet.

Die Ortsgruppe Leipzig des Verbandes sächsischer Industrieller hat an die organisierten Unternehmer nachfolgendes Rundschreiben gerichtet:

Leipzig, den 20. April 1920.

An unsere Mitglieder!

Wir erlauben uns, Ihre Aufmerksamkeit auf folgende Punkte zu wenden, die wir Ihrer besonderen Beachtung empfehlen.

1. Betrifft: Meißner. Der Zentralausschuss Leipziger Arbeitervereine hat in einer außerordentlichen stark besuchten Versammlung am 27. April im Kaufmännischen Vereinshaus einstimmig folgenden Beschluß gefaßt:

Die Leipziger Arbeiterpartei hat in einer großen Versammlung am 27. April 1920 einstimmig beschlossen, am 1. Mai, der weder reichs- noch landesgesetzlicher Feiertag ist, die Betriebe nicht zu schließen. Der Arbeitnehmer, der nicht zur Arbeit erscheint, tut dies auf eigene Rechnung und Gefahr.

Wir bitten auch unserseits, die Betriebe am 1. Mai offenhalten zu wollen und nach obenstehenden Beschluß zu verfahren.

2. Betrifft: Zeitfreiwilligenregiment. Wir sind gebeten worden, Ihnen folgendes zu unterbreiten:

1. Das Regiment bedarf für den Fall, daß es wieder eingesetzt wird, eine größere Anzahl von Lastautos.

2. Das Regiment hat in den Märschen den Mangel an geübten Stenotypistinnen sehr zu beklagen gehabt. Da bei künftigen Entwürfen voranzuschreiten wieder alle Arbeit ruhen wird, wäre es wohl der einen oder der andern Firma leicht möglich, tüchtige Maschinenreparaturleute dem Regiment zuzuwenden.

Wir empfehlen Ihnen, das Zeitfreiwilligenregiment, wenn möglich, in dieser Hinsicht unterstützen zu wollen.

3. Betrifft: „Gewerkschaftliche Nebenregierungen“.

Der Zentralausschuss Leipziger Arbeitervereine hat in seiner Versammlung am 27. April 1920 nach einem äußerst beifällig aufgenommenen Vortrage des Herrn Dr. D. Schilling zu obigem Thema die nachstehende Entschließung einstimmig gefaßt:

Die Leipziger Arbeitgeber, zusammengeschlossen im Zentralausschuss Leipziger Arbeitgebervereine, verwahren sich auf das Nachdrücklichste gegen die Nebenregierungen, welche die gewerkschaftlichen Verbände in Meißner und einzelnen Ländern seit dem 20. März 1920 in immer steigendem Umfange auf allen Gebieten der Staatsverwaltung in Anspruch nehmen. Dadurch, daß diese durch die Forderungen vom 20. März und 7. April 1920 in aller Form bekundeten Eingriffe von der Reichsregierung in ihrer Wirksamkeit bekräftigt worden sind, wird an den offen vorliegenden Tatsachen nichts geändert, sondern die ohnehin fast verminderte staatliche Autorität nur noch weiter untergraben. Der Gedanke, daß nur der Gewerkschaftsbeamte über der in den freien Gewerkschaften organisierte Arbeiter zur Mitarbeit an den Staatsgeschäften zum Schutze der Regierung und in erster Linie zur Kontrolle aller Gebiete des öffentlichen Lebens berufen sei, verkehrt sich sehr gegen den Wortlaut und Sinn der Verfassung, wie gegen die elementarsten Bedürfnisse einer rationellen Wirtschaftsführung.

gen!! Und die „Regierungen“ in Dresden und Berlin haben das gegen nichts einzuwenden. Den Unternehmern gefällt es natürlich nicht, wenn die organisierte Arbeiterpartei ebenfalls ihren Einfluß auf die Regierung und ihre Maßnahmen geltend macht. In der Diktatur des Kapitalismus und Militarismus soll festgehalten werden, und deshalb verwahren sie sich gegen die „Nebenregierungen“.

Die Querulanten-Kommunisten.

Der kommunistischen Partei ist es nicht genug, sich solange zu zerplittern, bis von der Partei so gut wie nichts mehr übrig geblieben ist. Die Zentrale der U. S. P. D. verliert nun, aus dem allgemeinen Zusammenbruch zu retten, was zu retten ist. Ihre Bemühungen sind darauf gerichtet, wenigstens den Kern der Partei zusammenzufassen; das sind die Elemente, die sich jetzt für die Wahlbeteiligung erklären. Wieweit diese Sammelgebildungen Erfolg haben werden, ist freilich eine andere Frage. Wichtig ist, daß die U. S. P. D. sozusagen als neue Partei, aber belastet mit den Sünden der kommunistischen Taktik, in den Wahlkampf eintritt.

Als im Dezember 1918 die Sozialdemokratie sich organisierte von der U. S. P. D. löste und die kommunistische Partei gründete, geschah das unter einem außerordentlichen Aufwand von starken Schimpfwörtern gegen die unabhängigen Vertreter. Bei der Reichstagswahl in Leipzig im Januar 1920 über den Kommunisten-Kongreß tasselte es nur so von Vertretern und ähnlichen Bezeichnungen gegen die U. S. P. D. Als in der Reichstagsversammlung von einem Redner der U. S. P. D. auf das haltlose dieser Beschimpfungen und auf das Unzweckmaige der Kbspaltung hingewiesen wurde, hatte das nur den Erfolg, daß die Beschimpfungen in verstärkter Auflage wiederholt wurden. Noch nicht anderthalb Jahre hat es gedauert, bis die mit so vielen revolutionären Kraftworten und so vielen Verwahnungen gegen die U. S. P. D. geborene U. S. P. D. in einen Trimmerhaufen hoffnungsloser Gruppchen und Gruppchenplitter verwandelt worden ist. Die kommunistische Praxis der Revolutionszeit hat auch den gefundnen Kern der kommunistischen Bestrebungen erduldet, und die anfangs so hoffnungsvolle Gründung dem völligen Bankrott anheimfallen lassen. Das kommt jetzt klar zum Ausdruck in dem wustren Durcheinander der U. S. P. D. Die Kommunisten sind sich gegenseitig in die Haare gefahren, und da sie in der Beschimpfung ihrer Gegner in anderthalb Jahre langer Nebung schon einige Hahseln erreicht hat, ist es durchaus begrulich, daß es bei dem Meinungsstreit untereinander nicht gerade gemulich zugeht. Das zeigte die Versammlung am Sonntag, in der das größte kommunistische Licht Franz Pfe m e r t von der direkten Aktion seinen revolutionären Spirit gegen seine bisherigen Kampfgewohnheiten spruen ließ. Daß die Leipziger Kommunisten im Jahre 1919 den Unabhängigen feierten, indem sie sich, nach einem Auspruch des kommunistischen Zentralorgans, mit dem tralottrnen Mandlchen der Exzevolution brapierten, das mußten sie sich jetzt selbst von dem großen Franz Pfe m e r t lassen. Der große Franz sprach in der von der U. S. P. D. losgelösten kommunistischen Arbeiterpartei einberufenen öffentlichen Versammlung über „Revolutionäre Taktik oder Wahlen“. Seine Ausführungen waren nichts anderes als die konsequente Fortentwicklung des sozialistisch-anarchistischen Gedankens der von der alten U. S. P. D. bis dahin vertretenen und angewandten Taktik. Und sind die revolutionären Thesen, die er zur Verteidigung des Antiparlamentarismus und zur Verbannung der unabhängigen und kommunistischen „Parlamentarier“ zu Konterrevolutionaren vortrug, nicht neu. Wir haben das selbe schon während der Wahl zur Nationalversammlung erlebt, wo die Kommunisten in gleicher Weise gegen den „Parlamentarismus“ der Unabhängigen operierten. So liete sich auch diesmal der große Franz eingangs seiner Ausführungen mit der unabhängigen „Fuhrerpartei“ aneinander, deren Führer den Parlamentarismus nur propagierten, um Gelegenheiten zu haben; Führer zu sein und den Massen diktieren zu können. Nachdem die Unabhängigen verhältnismäßig süßlich weglauten, eröffnete Pfe m e r t ein Machinengewehreuer gegen die U. S. P. D. Daß sie eingesehen hat, daß mit revolutionären Thesen allein politische Ziele nicht erreicht werden können, daß ihre Führer insofern verurteilt worden sind, als sie jede ihnen nulich erscheinende Waffe — unter die auch der Parlamentarismus zu rechnen ist — beim Kampfe um die politische und wirtschaftliche Befreiung des Proletariats benutzten wollen, geht dem großen, einigen Revolutionär Franz Pfe m e r t wider den Strich. Er hält gründliche Abrechnung mit der „Fuhrerpartei“, der „Partei der Kriegsbereitschafter“, der „Deutscher“ und „Konterrevolutionar“. Er wirft ihr „Verrat an Proletariat“ vor und nennt sie die „ruehrlichste, versumpfte und verlogene Partei, die existiert“. Ihre Führer seien Reformisten und „mandatsluern“ und an der Versumpfung der bis arhr revolutionären U. S. P. D. Schuld. Darum sei die U. S. P. D. eine — sagen wir — suterlose Gemeincha; revolutionärer Geistes, das heißt, sie ist in Wirklichkeit keine Partei, ihre Anhänger sollen auch nicht Mitglieder der freien Gewerkschaften sein, die als konterrevolutionar bezeichnet werden. Da man aber ganz ohne Organisation wiederum doch nicht auskommt, so muß die Betriebsratigeorganisation hochhalten, die natürlich im sozialistisch-anarchistischen Sinne verstanden wird: Also Dezentralisation und Desorganisation statt Zentralisation und Organisation!

Die Reichstagskandidaten der „Demokraten“.

Für den 32. Wahlkreis (Kreishauptmannschaft Leipzig) hat die Deutsche Demokratische Partei folgende Kandidaten aufgestellt: 1. Professor Dr. Walter Goch-Leipzig; 2. Privatangehortener Gustav Schneider-Leipzig; 3. Frau Stadtratsverordnete Johanna Doffe-Burg; 4. Stadtrat Oberbauhauptverordneter Gustav Vogel-Leipzig; 5. Gemeindevorstand und Landwirt Bruno W e h n e r -Beerwalde b. Waldheim; 6. Buchhändler Walter S u h n -Goldig; 7. Buchdruckereifaktor Friedrich B e r b i g -Leipzig; 8. Stadtverordneter, Kaufmann und Fabrikbesitzer Max W e i d e r t -Leipzig; 9. Oberpostkassierer Hermann Engelhardt-Leipzig; 10. Generalleutnant J. D. Otto Wuffler-Leipzig.

An der Spitze dieser „demokratischen“ Liste steht also der Name des Vorsitzenden des Leipziger Bürgerausschusses, über dessen reaktionären Charakter in den weitestgehenden Kreisen Leipzigs nicht die geringsten Zweifel bestehen. Unfruchtbarkeit der kapitalistischen Ausbeutewirtschaft, der Diktatur des Kapitalismus und Militarismus ist sein Programm, für das sich Herr Dr. Goch besonders eingesetzt hat. Daher auch seine grenzenlose Verehrung der Zeitfreiwilligen und seine schwarmische Liebe für die Kulturträger. Das Leipziger Tageblatt versucht bereits nach der Ermander Marx- und Weischederer die „demokratischen“ Kandidaten den Wählern zu empfehlen. Das Herr Dr. Goch wird behauptet...



Die Zeit von der Kriegsdynastie ferngehalten. Dabei hat er im Jahre 1918 in öffentlichen Verlesungen in Leipzig den Feind- und Annexionskriege mit Russland und Rumänien als große Errungenschaft für Deutschland bezeichnet. — Und sein Gefühl, Herr Schuler, ist, daß mit den besten Kräften der Partei Herr ist an die zweite Stelle gekommen, um wiederum die Angelegenheiten für die kapitalistische Partei zu fördern. Wie er deren Interessen zu fördern gedenkt, dürfte hinreichend bekannt sein. Sein Verhalten bei der Beratung des Betriebsrätegesetzes beweist deutlich, daß er nicht proletarische, sondern kapitalistische Interessen vertritt. Er achtet zu denen, die mit großem Eifer nach dem kapitalistischen Grundgesetz (alle und herrsche!) die Auseinandersetzung der Arbeiter und Angestellten betreiben haben und dafür gewesen sind, für Arbeiter und Angestellte besondere Betriebsräte zu bilden. Herr Schuler ist im Interesse der Kapitalisten mit dafür eingetreten, das Betriebsrätegesetz zu einer Scheinkompromission für die Arbeiter und Angestellten zu gestalten. Er hat ja auch — dank der schlappen Haltung der Rechtssozialisten — sein Ziel erreicht. Den Kapitalisten hat er widergibt — ihre Anerkennung hat er gefunden. Die Angestellten aber sollten sich von der kapitalistischen Partei abwenden. Diese denkt nicht daran, sich ihrer anzunehmen. Es gibt nur ein Hindernis und Dorn, und die Interessen der Angestellten und Beamten werden am besten gewahrt durch die unabhängige Sozialdemokratie. Kein Bündnis mit dem Kapital! Nichts als der Kampf gegen den Kapitalismus muß die Parole aller Arbeiter und Angestellten sein.

Die gewaltigen Vorstoßleistungen wollen alle diejenigen beachten, die der Zeitung etwas mitzuteilen haben! Bei der letzten Vorstoßleistung haben wir so hohe Summen für Straßenschilder zahlen müssen, daß wir uns genötigt sehen, von nun an die Annahme unfruchtbarer Postleistungen zu verweigern! — Unverkauft zugesandte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beigefügt ist.

Die Elternratswahl in der 22. Volksschule in Schönefeld brachte der U. S. P. einen schönen Sieg. Es erhielten U. S. P. D. 7 Stimm, Bürgerliche und S. P. D. je 1 Stimm. — Heute abend von 8 bis 9 Uhr findet die Wahl für die 21. Volksschule statt. An die Arbeiterklasse ergeht die Aufforderung, reiflich über dem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Wahlberechtigt sind beide Eltern. — Elternratswahlen für die Frauenberufsschule. Alle Parteigenossen und Genosseninnen, deren Kinder die Frauenberufsschule besuchen, werden ersucht, am Donnerstag, abends 7 Uhr, zu einer Besprechung über die Elternratswahlen im Volkshaus einzufinden.

Wieder höhere Zuckerpreise. Vom 8. Mai 1920 an gelten die auf weiteres die folgenden Kleinhandelszuckerpreise für Zucker: Für gemahlene Mehls 1, Kristallzucker und gemahlene Raffinade 1,95 Mk. für das Pfund, Vnder-Raffinade, Kompenszucker und Brose 2 Mk. für das Pfund, Wärfelzucker 2,05 Mk. für das Pfund, Randis aller Art 2,50 Mk. für das Pfund. Kleinverkauf ist der Verkauf unmittelbar an Verbraucher in der in offenen Säcken üblichen Art.

Elternversammlungen. Am überfüllten Schulsaal veranstaltete die 40. Volksschule am 28. April ihren ersten Elternabend. Oberlehrer Wolf sprach über die Neuordnung des Leipziger Volksschulwesens, Oberlehrer Schumann über die Wahl zum Elternrat. Folgende Entschlüsse sind einstimmig angenommen: Die am heutigen Abend äußerst zahlreich besuchte Elternversammlung der 40. Volksschule fordert den Rat der Stadt auf, endlich das Gebäude der 40. Volksschule an der Elbstraße Straße, das seit Beginn des Krieges als Kaserne und Wohngebäude verwendet wurde, seiner eigentlichen Bestimmung zurückzugeben und damit dem heimatischen, die Schulzwecke schwer schädigenden Umherziehen der Kinder und Lehrer dieses Bezirkes ein Ende zu machen. Zugleich drückt die Versammlung den Wunsch aus, daß auch die übrigen Schulgebäude, die noch ihrem eigentlichen Zweck entzogen sind, bald ihrer Bestimmung zurückgegeben werden müßten. Ein Ausbruch zur Vorbereitung der Elternratswahl wurde eingeleitet. — Der von mehr als 300 Personen besuchte Elternabend der 47. Volksschule befaßte sich nach einem Vortrag von Lehrer Rube in einer einstimmig angenommenen Entschlüsse die Neuordnung des Leipziger Volksschulwesens und erwiderte, daß die Leipziger Volksschule durch die Einführung der weltlichen Schule nimmere zur allgemeinen Volksschule werde. Ferner wurde folgende Entschlüsse gefaßt und dem Rat der Stadt überhandt: Die am 28. April versammelte Elternschaft der 47. Volksschule fordert 1. Schulpreise für alle die Kinder, denen zu Hause ein warmes Mittagessen nicht geboten werden kann, 2. daß sämtliche Lernmittel und Schulmaterialien durch den Staat übernommen werden, 3. daß das Gebäude der 47. Volksschule jederzeit reiflich dem Unterricht zur Verfügung bleibt.

Vogelstimmen, Frühlingspflanzen. Das Naturkundliche Heimatmuseum (Erdbildung 1, Gewerbeausstellung) veranstaltet am Sonnabend 7 1/2 Uhr und am Sonntag, früh 8 Uhr, botanische Vorträge: Frühlingspflanzen der Au. Am Sonntagmorgen 7 Uhr erfolgen zwei Vorträge zum Studium der Vogelstimmen. Der Treffpunkt und die Zeit der vorbereitenden Führung im Museum sind aus den Einzelungslisten zu erfahren, die Freitag von 8 bis 12 Uhr, abends 7 bis 9 Uhr im Museum ausliegen. — Freitag, abends 7 1/2 Uhr, findet ein erdgeschichtlicher Vortragsvortrag in der Schaufammlung statt: Die Krallen unserer Primat.

Knochen- und Kleinfleischverkauf. Herrich-Kleinwäcker von 9-12 Uhr Nr. 926-1258 (Wurterverkauf), Pohle-Anger 2-4 Uhr Nr. 1-300 (ausländische Wurst) 8.20 Mk.

### Lebensmittelliste für Donnerstag, den 6. Mai.

Für Haushaltungen.  
Anmeldung, Käse oder Quark: Letzter Tag — abzugeben Marken 3 und 4 der neuen roten Landespreiskarte für Magere Milch, Quark und Käse.  
Ausgabe, Dosenmilch für Schwerkrankenbeschädigte: Warenentnahme Leipzig-Gohlis, Mehlstraße 1, 3-5 Uhr nachmittags (siehe Dose).  
Spiritusmarken für Mai an Minderbemittelte und solche Personen, die den Spiritus zur Kranken- und Säuglingspflege brauchen, Montag, den 10. Mai. Zeit und Ort der Verteilung vom 8. Mai an bei der zuständigen Volkshausverwaltung zu erfragen.  
Reichshausbrandbezugsscheine: Ausgabe an den Rohstoffhändler in der Ortskohlenstelle Gerberstraße 3, 1., Zimmer 38-40, Buchstraße 8-T.

### Für Händler.

Kindergartenmehl, geschälte Erbsen, Marmelade und Pflanzwurz: Bezugsscheinentnahme.

### Polizeinrichten.

Taschenbriebe in Schneefallen. Noch immer sind die Schneefälle ein Bedrohungsfeld für die Gerberberier, meist auch internationalen Taschendiebe, wobei oft mehrere gleichzeitig ganz planmäßig vorgehen und die Reisenden empfindlich schädigen trotz aller Überwachung durch die Eisenbahnbeamten und besondere Kriminalbeamte. Durch die Aufmerksamkeit und das geschickte und tatkräftige Aufgreifen eines Zugkassiers des hiesigen Hauptbahnhofes ist es kürzlich gelungen, in dem Berlin-Müchener Nachtzug, der besonders gern von diesen Verbrechern heimgesucht wird, einen geliebten Gauner aus Hermannstadt mit zwei Helfershelfern zu ermitteln, die in Leipzig das Gedränge beim Einstiegen benutzend, einem Reisenden die Brieftasche mit erheblichem Geldbetrag aus der Brieftasche gestohlen hatten. Auf Veranlassung dieses Zugkassiers wurden sie in Hof verhaftet.

Der Chemann als Mörder. Zwei Beamte der III. Polizeiwache, die sich am 2. d. M. in der dritten Morgensunde auf Rande befinden, beobachteten am Georgplatz, nahe Augustusplatz, einen Mann, der sich mit einem schweren Koffer abmühte. Die Beamten schöpften Verdacht, hielten den Mann an und befragten ihn über das „Woher und Wohin“. Alle seine Angaben waren ohne Zweifel erlogen. Als er sah, daß ihm seine Fehltritte bevorstehen, verließ er einen der Beamten einen Stoß und verlor unter Zurücklassung des Koffers, der, wie sich später ergab, mit fast neuer Wäsche gefüllt und etwa ein Zentner schwer war, in die Anlagen hinter dem Neuen Theater zu entweichen. Einer der Beamten jagte ihn, seinen Revolver und rief dem fliehenden fünfmal zu stehen zu bleiben, er würde sonst schießen. Der Unbekannte beachtete diese Warnung aber nicht, worauf der Beamte einen Schuß abgab. Mit durchschossenem linken Oberarmel fand man dann beim Durchsuchen den Ausreißer im Gebüsch versteckt. Vor seiner Überführung in das Krankenhaus gab er zu, die Wäsche gestohlen zu haben, und zwar — seiner eigenen Ehefrau, mit der er in Verbindung steht. Seine hätte den Diebstahl bereits gemerkt und inzwischen auch schon Anzeige bei der zuständigen Wache erstattet; sie war natürlich hocherfreut, ihre fast unerlöste Wäsche bereits in höherem Gewahrsam vorzufinden. Hiernach kann keine Rede davon sein, daß der Beamte, wie es dargelegt worden ist, gestohlen hätte, obwohl er wußte, daß der fliehende Verdächtige der Chemann der Betoblenen war.

### Kleine Chronik.

Tanz: Ethik von Chronik. Den ganzen, heute schon richtig zur Landplage gewordenen „Tanzkünstlerinnen“ hat das Proletariat sehr mißtrauisch gegenübersehen. Weist es es nur bei organisierter Willkür, der die Damen aufs Podium treibt. Bei Ethik von Chronik, die mit ernstem Gesicht die Kunst tanzt, steht mehr dahinter. Wer ihre Kunst ist noch wenig ausgeglichen. Wundervoll drehet und befeuert sie die Hände, die Arme. Deshalb wirken am stärksten jene ganz strengen Tänze in gemessenem Stil, wie die Alte Weise von Bach, „Besetzt“ von Rachmaninoff und vor allem Origo Gebet und Tempeltanz. Die Bewegungen der Beine dagegen sind noch allzu „einfach“, noch nicht geistig durchdrungen. Vor allem wäre durch Innappe, kurze, aber ausgeprägter rhythmische Bewegungen hier viel stärkerer Eindruck zu erzielen. Die Kostüme wechseln mit der Kunst. Nur schade, daß in den monumentalen Tänzen von Bach oder Origo ein höchst überflüssiger Lappen klebt, die edle Linie des menschlichen Körpers überdeckt.

Lieder- und Balladenabend. Sehr wenige Opernsänger vermögen auf dem Gebiet des Kunstliedes Gutes zu leisten. Herr Oscar Wagner gehört zu den rühmlichen Ausnahmen, die mit echt künstlerischer Auffassung, das Kunstlied beherrschen. Er verfügt über einen weichen Bariton mit gut ausgebildeten Register und singt mit viel Wärme und sehr durchgeistigt. Mit religiöser Andacht und tiefem Empfinden sang er die vier biblischen Lieder von Doornik; besonders Gott ist mein Hirte und An den Wassern zu Babylon waren prachtvolle Leistungen. Auch die wenig gehörten Lieder von Schumann: Romane, Die alten Blätter, Der frohe Wandersmann gelangen gut, nur muß der

Sänger sich bei Schumann halten, nicht allzu lässlich zu werden. In Herrn Max Ludwig fand er den richtigen, poetischen Begleiter. Es wäre erquicklich, wenn man Herrn Wagner öfters im Konzertsaal hören könnte.

In der Bibliothek des Vorkriegsvereins sind zur Zeit als dritte historische Gruppe Bücher, Blätter, Schriftstücke und Einbände aus der Zeit der Blüte der Frankfurter Messe ausgelegt.

Sozialistischer Rede- und Lesabend. Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr: Vortrag des Genossen Otto Schröder: Unsere Helferarbeit in der Jugend. — Sonntag, abends 7 1/2 Uhr: Heimabend (W. Hofmann) im Unterrichtsfaal Braukraße 17.

Die Bibliothek des Städtischen Kunstgewerbemuseums wird von Donnerstag an wochentäglich vormittags von 9 bis 12 Uhr und nachmittags von 5 bis 8 Uhr wieder dem Publikum zugänglich gemacht werden.

### Sächliche Angelegenheiten.

#### Die Wahl des sächlichen Ministerpräsidenten.

Die Volkstammer trat gestern zu einer kurzen Sitzung zusammen, um die Wahl des Ministerpräsidenten vorzunehmen. Von 90 abgegebenen Stimmen entfielen 82 auf Herrn Bud. 12 auf den Deutschnationalen Hofmann, 1 auf Henke und 16 Zettel waren unbeschrieben.

Bud versprach, mit „eisernem Willen und Fleiß“ seine Tätigkeit aufzunehmen. Mit dem üblichen Dank an den abgetretenen Ministerpräsidenten Dr. Gradnauer durch Trübner wurde die Sitzung geschlossen.

Die Kammer wird voraussichtlich bis zum 19. Mai tagen und sich dann bis nach den Wahlen verlagern. Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung steht neben der Vorstellung und der Programmrede der neuen Regierung unser Antrag auf Zusammenlegung der Volkstammer mit den Reichstagswahlen.

#### Die Amtsblätter.

Die Rechtssozialisten haben der Volkstammer folgenden Antrag unterbreitet:

1. Die Regierung zu ersuchen, unverzüglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach dem die jetzt geltenden gesetzlichen Bestimmungen über die Ernennung von Zeitungen zu Amtsblättern aufgehoben werden;

2. die Bezirks- und Kreisaußschüsse aufzufordern, Vorschläge für die Ernennung solcher Amtsblätter zu machen, die zweifelsfrei auf dem Boden der demokratischen Verfassung stehen.

Dieser Antrag ist eine äusserliche Halbheit. Wenn man neue Amtsblätter schaffen will, lohnt es wahrlich nicht der Mühe. Im vorigen Jahre forderten die Mehrheitler — und zwar mit Recht — die Beilegung des Amtsblattcharakters überhaupt oder die Ueberweisung der amtlichen Nachrichten an alle Zeitungen. Inzwischen machen sich die Folgen der sozialistisch-demokratischen Forderung immer mehr bemerkbar.

#### Die Bedingungen der Demokraten.

Als selbstverständliche Voraussetzung für das Verbleiben der Demokraten in der Koalition wurde bekanntlich bezeichnet, daß das Programm der neuen sächlichen Regierung in keiner Hinsicht im Widerspruch mit den Grundansprüchen der deutschen Demokratie steht. Von den Rechtssozialisten sollten entsprechende Garantien geleistet werden.

Aus einer Auslassung des Leipziger Tageblatts erfährt man sehr etwas Näheres über die Art der gegebenen Garantien. Danach erklärten in der gemeinsamen Sitzung der beiden Fraktionen alle sozialdemokratischen Redner, in formeller Beziehung auf die Koalition Fraktion fortan die vollständige Rückkehr zu nehmen. Insbesondere bei allen einbringenden Vorschlägen und Anträgen, und bei wichtigen Aktionen sie nicht vor vollendeter Tat stehen zu lassen, sondern sie davon zu benachrichtigen. Auch wurde ein Protokoll ausgearbeitet, das als Ergebnis der Besprechungen sachliche Uebereinstimmung darüber feststellt, daß die sächliche Gesetzgebung im Einklang mit der Reichsverfassung bleiben müsse, daß Arbeiterpartei, Aktionsausschüsse usw. kein Eingreifen in den Verwaltungsapparat zusehen, und daß der Ausbau des demokratischen Staatsgedankens zu erfolgen hat.

Und richtiges Deutsch übertragen heißt das, daß sich die Rechtssozialisten vollkommen den Demokraten unterwerfen haben. Davon, daß die Zeitungsverweigerung entworfen, die unflüchtigen Beamten entfernt und sozialistische Politik getrieben werden soll, wird kein Wort gesagt. Und dann wagt es die freie Presse noch zu behaupten, es sei unklar, daß sich die Rechtssozialisten Zugeständnisse von den Demokraten abzwängen ließen.

Spotten ihrer selbst und wollen es nicht!  
Der Chemnitzer Arbeiter- und Volkswortrat aufgelöst. Die Vollversammlung der Arbeiter- und Angestellten-Vertriebsbelegierten, die am Montag, 3. Mai, stattfand, beschloß gegen drei

### Der Jahrmakht des Lebens.

Ein Roman ohne Gelben von William Makepeace Thackeray.

Die Alte hat sich stets wie ein Thaus gegen mich benommen,“ sagte er zu seiner Frau, als er das Borgefallene erzählte, „und es war mir, wie ich, ziemlich sonderbar zumute. Ich ging neben dem, wie heißt es doch gleich, her und bis zu ihrer Tür, wo Bonitas kam und ihr hineinhal; und ich hatte sehr große Lust, hineingehen, aber —“

„Du bist nicht hineingegangen, Rawdon?“ fragte seine Frau.  
„Nein, mein Schatz, ich will mich hängen lassen, wenn ich mich nicht fürchte, als es soweit war.“

„Du Narr, du hättest hineingehen und nie wieder herauskommen müssen,“ sagte Rebekka.

„Brauche keine solchen Worte,“ erwiderte der große Selbstgardi mürrisch. „Ich bin vielleicht ein Narr gewesen, Rebekka, aber du solltest es am wenigsten sagen.“ Und er warf seiner Frau einen Blick zu, wie ihn sein Gesicht zeigen konnte, wenn er zornig war, und der nicht sonderlich angenehm zu sehen war.

„Nun, Liebster, dann mußt du morgen auf Wache gehen und sie besuchen, ob sie dich nun einladet oder nicht.“ Sprach Rebekka und versuchte ihre zornige Gesichtszüge zu beschwichtigen, worauf ihr diese jedoch erwiderte, daß er tun würde, was ihm beliebt, und ihr rote, eine hübsche Zunge in ihren Mund zu nehmen, und fortgehen und den Vormittag mürrisch und schwelgsam im Billardzimmer zubringen.

Ob jedoch die Nacht vorübergegangen war, sah er sich genötigt, nachzugeben, und wie gewöhnlich die höhere Klugheit und Voraussicht seiner Frau eingesehen, da die allernächste Bestimmung ihrer Wohnung in betreff der Folgen seines Fehlers eintrat. Fräulein Crawley mußte einige Bewegung bei seinem Anblick und der Aufmerksamkeit nach einer so langen Pause gefühlt haben. Sie dachte geruame Zeit über die Zusammenkunft nach. Rawdon wird sich fett und alt, Briggs,“ sagte sie zu ihrer Gesellschafterin. „Seine Nase ist rot geworden und sein Kleider ist sehr gemein. Seine Weib mit diesem Frauenzimmer hat ihn hoffnungslos herabgezogen. Frau Bute hat stets gesagt, daß sie beide trüben, und ich habe keinen Zweifel, daß dies der Fall ist. Da, er noch abscheulich nach Branntwein. Ich habe das bemerkt; Sie nicht auch?“

Umsonst bemerkte die Briggs, daß Frau Bute von allen Menschen schlecht berede und soweit eine Person ihres Geschlechtes

„Ein rätselhaftes, lüthiges Frauenzimmer ist? Ja das ist sie und sie spricht von allen Menschen schlecht, aber ich bin überzeugt, daß dieses Frauenzimmer Rawdon zum Trunke verleitet hat. Alle diese gemeinen Menschen trinken.“

„Er war sehr bewegt bei Ihrem Anblick,“ sagte die Gesellschafterin, „und ich bin überzeugt, wenn Sie bedenken, daß er sich nach dem Schlafstübchen beibt.“

„Wieviel Geld hat er Ihnen versprochen, Briggs?“ fragte die alte Jungfer, sich in eine nervöse Wut erhehend; „da haben mich, natürlich müssen Sie heulen. Ich hasse Szenen. Warum soll ich immer beklagt werden? Gehen Sie hinaus und weinen Sie auf Ihrem Zimmer und schicken Sie die Firtin zu mir — oder nicht, bleiben Sie, lassen Sie sich hin und wischen Sie Ihre Nase und hören Sie auf zu weinen und schreiben Sie einen Brief an Kapitän Crawley.“

Die arme Briggs setzte sich gehorsam an das Schreibpult. Die Blätter des Büchchens waren alle mit den Abdrücken der festen, starken, knöchernen Handschrift der Frau Bute Crawley bedeckt.

„Ganzen Sie an. Mein lieber Herr oder lieber Herr, das wird besser sein; und sagen Sie, daß Sie von Fräulein Crawley — nein, von Fräulein Crawleys Frau, Herrn Creamer, beauftragt sind, mitzutheilen, daß meine Gesundheit derart ist, daß alle starke Bewegungen in meinem gegenwärtigen schwächlichen Zustande gefährlich sein würden, und daß ich für die Zukunft alle Besprechungen über Familienverhältnisse oder Zusammenkünfte irgendwelcher Art ablehnen müßte, und danken Sie ihm, daß er nach Brighton gekommen sei, und bitten Sie ihn, er möge um meinwillen seinen Aufenthalt nicht verlängern, und, Fräulein Briggs, Sie können hinzufügen, daß ich ihm ständige Reue wünsche, und daß er, wenn er sich die Mühe nehmen will, meinem Notar in London einen Besuch abzustatten, dort eine Mitteilung für ihn finden würde. Ja, das wird genügen und ihn veranlassen, Brighton zu verlassen.“

Die wohlwollende Briggs schrieb diesen Satz mit der größten Zufriedenheit nieder.

„Nicht noch an demselben Tage anzukommen, wo Frau Bute sorgung.“ Schwand die alte Dame weiter, „es war zu unannehmlich. Schreiben Sie auch an Frau Crawley und sagen Sie ihr, daß sie nicht zurückkommen braucht. Nein — sie braucht es nicht — und sie soll nicht — und ich will keine Sklavin in meinem Hause sein, und ich will mich nicht aushungern und verpfänden lassen. Sie wollen mich alle in den Sarg bringen — alle — alle —“ Hiermit brach die alte Frau lebende alle Dams in eine Art hysterischer Krämpfe aus.

Die letzte Szene ihres trüblichen Schauspiels nahte mit schnellen Schritten. Die trüben Lampen glühten eine nach der andern aus und der finstere Vorhang war nahe am Fallen.

Der Schluß, welcher Rawdon an Fräulein Crawleys Notar in London erteilte, und den die Briggs so gern geschrieben hatte, trübte das Ehepaar nach seinem ersten Kerger über die Zurückweisung seiner Größnung einigermassen; auch hatte er die Dinge, welche die alte Dame beschrieb, als sie denselben schreiben ließ, indem er Rawdon sehr begierig machte, nach London zu gehen.

Mit Josephs Besuchen und Georgs Doborners Banknoten wurde die Rechnung im Detail bezahlt, dessen Vertreter heute wahrscheinlich noch nicht weiß, wie zweifelhaft es einst mit seiner Bezahlung gestanden hatte. Denn wie ein General vor der Schlacht sein Gepäck in das Hinterreffen zu schicken pflegt, so hatte auch Rebekka weislich ihr wertvolles Eigentum zusammengepackt und mit Georgs Diener nach London abgeschickt, wohin sich am nächsten Tage auch Rawdon mit seiner Frau auf den Weg machte.

„Ich hätte doch die Alte noch einmal sehen mögen, ehe wir gingen,“ sagte Rawdon. „Sie steht so schlecht und verändert aus, daß ich überzeugt bin, sie tut es nicht lange mehr. Ich möchte wissen, wieviel ich bei dem Notar finden werde, 300 — es kann nicht weniger als 200 sein, he, Briggs?“

Infolge der wiederholten Besuche der Herren, deren Porträts auf einer der vorhergehenden Seiten gegeben worden sind, begaben sich Rawdon und seine Frau nicht nach ihrer alten Wohnung in Brompsbam, sondern blieben in einem Hotel ab. Fröhlich am nächsten Morgen hatte Rebekka Gelegenheit, sie zu sehen, als sie auf ihrem Wege nach dem Hause der alten Frau Sehen, um sich nach ihrer letzten Anfälle und ihren Freunden von Brighton zu erkundigen, an inner Abend vorüberkam. Ihre Freunde waren alle nach Chatham und von da nach Harwich abgereist, um sich mit dem Regiment nach Belgien einzuschiffen. Bei der Rückkehr von diesem Besuch fand sie Rawdon, der bei dem Notar gewesen war, um sein Schicksal zu erfahren. Er war willig.

„Beim Deus, Bekken, sie hat uns nur 20 Pfund gegeben,“ rief er.

Der Streich war zwar zu ihrem Nachteil, doch zu gut, um sich darüber zu ärgern, und Rebekka brach über Rawdons Niederlage in ein schallendes Gelächter aus.

(Fortsetzung folgt.)







